

**Niederschrift  
über die  
33. Sitzung des Integrationsbeirates  
am 13. Juli 2021  
im Sitzungssaal des Neuen Rathauses, Regensburg**

**Beginn:** 17:30 Uhr  
**Ende:** 19:52 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder:

	Name	anwesend	entschuldigt	unentschuldigt
1	Frau <b>Arndt-Grunde</b> i, Anja	X		
2	Herr <b>Cetinkaya, Nurdoğ</b> an	X		
3	Frau Dr. <b>Fiore</b> , Nicoletta			X
4	Herr <b>Fonseca Santovito</b> , Rogerio	X		
5	Frau <b>Funk</b> , Erika Eva	X (ab ca. 18:30)		
6	Frau <b>Hanifah</b> , Mumtaz			X
7	Frau Prof. Dr. <b>Haug</b> , Sonja		X	
8	Frau <b>Jackiewicz</b> , Jolanta	X		
9	Frau <b>Lang</b> , Julia		X	
10	Herr Dr. <b>Márton</b> , Mihai-Paul	X		
11	Frau <b>Okenve</b> , Dennise	X		
12	Herr <b>Paquay Rovira</b> , Pedro	X		
13	Frau <b>Pelties</b> , Marta	X		
14	Herr <b>Sarik</b> , Haritun	X		
15	Herr <b>Sbirkov</b> , Ivan	X		
16	Frau <b>Schwarz</b> , Stephanie	X		
17	Frau <b>Shahedi</b> , Monir	X		
18	Herr <b>Sirreah</b> , Bassel	X		
19	Frau <b>Stupavsky</b> , Anna	X		
20	Frau <b>Torreblanca Cruz</b> , Mariana	X		
21	Frau <b>Wudtke</b> , Valentina	X		
		17	2	2

## Beratende Mitglieder:

	Name	anwesend	entschuldigt
1	Für die CSU-Fraktion: <b>Dechant</b> , Bernadette (Stellvertretung: <b>Tahedi</b> , Erich)		<b>X</b>
2	Für die Fraktion B 90/DIE GRÜNEN: <b>Gaittet</b> , Daniel	<b>X</b>	
3	Für die BRÜCKE-Fraktion: <b>Simon</b> , Bettina (Stellvertretung: <b>Wolbergs</b> , Joachim)		<b>X</b>
4	Für die SPD-Fraktion: <b>Kolbe-Stockert</b> , Evelyn	<b>X</b>	
5	Für die Freie Wähler-Fraktion: <b>Radler</b> , Kerstin (Stellvertretung: <b>Riepl</b> , Günther)		
6	Für die ÖDP-Fraktion: <b>Graf</b> , Joachim	<b>X</b>	
7	Für CampusAsyl e.V.: <b>Issakha</b> , Youssef	<b>X</b>	
8	Für Keine Bedienung für Nazis e.V.: <b>Hanusa</b> , Helga	<b>X</b>	
9	Für BI Asyl: <b>Sauerer</b> , Michael	<b>X</b>	
10	Für Ausbildung statt Abschiebung e.V.: <b>Von Seiche</b> , Julia	<b>X</b>	

## Anwesende Mitglieder der Stadtverwaltung:

	Name
1	Herr <b>Vernim</b> , Matthias (Amt für Integration und Migration)
2	Herr <b>Seidl</b> , Christoph (Amt für kommunale Jugendarbeit)

## **Top 1: Begrüßung und Aktuelles**

Berichterstattung: Frau Okenve

Frau Okenve begrüßt die Anwesenden und bedankt sich für das zahlreiche Erscheinen. Sie verliest die Entschuldigten, inklusive der Oberbürgermeisterin. Der Integrationsbeirat ist beschlussfähig. Zum Protokoll der letzten Sitzung gibt es keine Anmerkungen, es ist damit genehmigt.

## **Top 2: Vorstellung neuer beratender Mitglieder**

Berichterstattung: Frau Okenve

Frau Okenve bittet Herrn Issakha von CampusAsyl e.V., sich kurz vorzustellen. Er komme aus dem Tschad und sei heute als Stellvertretung von Frau Frey anwesend. Er sei Vorstandsmitglied bei CampusAsyl, Beiratskoordinator im Verein und in verschiedenen Projektgruppen aktiv. Herr Issakha bedankt sich, dass er dabei sein darf.

Als nächstes wird Frau Hanusa von Keine Bedienung für Nazis e.V. gebeten, ein paar Worte zu sagen. Frau Hanusa war bereits in der letzten Amtszeit des Beirats beratendes Mitglied. Der Verein habe sich vor ca. 10 Jahren nach einem brutalen, rassistisch motivierten Überfall in einem Regensburger Lokal gegründet. An vielen örtlichen Lokalen sind die Aufkleber des Vereins mit der Botschaft „Rassisten werden hier nicht bedient!“ zu sehen. Darüber hinaus sei sie aktuell sehr engagiert beim Runden Tisch für Erinnerung und Gedenken. In dem Rahmen laufe aktuell eine Veranstaltungsreihe zu 80 Jahre Überfall auf die Sowjetunion. Sie bittet darum, dass der Integrationsbeirat über diese Veranstaltungen informiert wird und sie unterstützt.

Frau Okenve bittet nun Herr Sauerer von der BI Asyl, sich ebenfalls kurz vorzustellen. Die BI kümmere sich um die Themen Flucht und Migration und setze sich dafür in der Stadtgesellschaft ein. Er selbst sei seit etwa zwei Jahren dabei und möchte nun sein Engagement auch im Integrationsbeirat einbringen.

Als nächstes wird Frau von Seiche von „Ausbildung statt Abschiebung“ gebeten, ihren Verein vorzustellen. Der Name sei gleichzeitig Programm, die Mitglieder überwiegend als Lehrer\*innen oder Sozialpädagog\*innen tätig. Sie unterstützen von Abschiebung bedrohte Jugendliche auf ihrem rechtlichen Weg, helfen ihnen und arbeiten mit ihnen zusammen.

### **Top 3: Das Programm „Demokratie leben!“ in Regensburg**

Berichterstattung: Herr Seidl

Frau Okenve erteilt Herrn Seidl vom Amt für kommunale Jugendarbeit das Wort. Er bedankt sich für die Einladung und stellt das Bundesprogramm anhand einer Powerpoint-Präsentation vor.

Besonderheiten des Programms:

- Förderung und Aktivitäten auf verschiedenen Ebenen (Bundes-, Landes- und Kommunalebene sowie Modellprojekte)
- Fördervolumen für die Stadt Regensburg umfasst jährlich 110.000 Euro in 3 Fonds:
  - Aktions- und Initiativfonds (Förderung von Modellprojekten und Maßnahmen)
  - Öffentlichkeitsarbeit
  - Jugendfonds
- Vielzahl von Maßnahmen und Initiativen unterschiedlicher Größe kann gefördert werden
- Aktuelle Schwerpunkte: Vielfalt gestalten, Demokratie fördern, Extremismus vorbeugen
- Stadt und Zivilgesellschaft arbeiten Hand in Hand
- Organe vor Ort
  - Begleitausschuss
  - federführendes Amt (in Regensburg das Amt für kommunale Jugendarbeit)
  - Jugendforum (in Regensburg der Jugendbeirat)
  - Koordinierungs- und Fachstelle „Demokratie leben“ (Herr Christoph Seidl im Amt für kommunale Jugendarbeit)
- In Regensburg großer Schwerpunkt im Bereich Jugendpartizipation
- Entscheidungen über lokale Förderanträge werden im Begleitausschuss getroffen, in dem die Zivilgesellschaft die Mehrheit innehat.
- Der Begleitausschuss trifft sich in der Regel drei- bis viermal im Jahr, nach Bedarf auch öfter

### **Top 4: Entsendung eines Beiratsmitglieds und einer ständigen Vertretung in den Begleitausschuss „Demokratie leben!“**

Berichterstattung: Frau Okenve

Frau Okenve erteilt Herrn Cetinkaya das Wort. Er führt aus, dass die AG Politik, Soziales und Antirassismuserbeit das Thema im Vorfeld diskutiert hat. Im Ergebnis würde er sich bereiterklären, den Integrationsbeirat im Begleitausschuss zu vertreten. Als Stellvertretung erklärt sich Herr Rovira bereit.

**Beschlussvorschlag:** Der Integrationsbeirat der Stadt Regensburg entsendet eine stimmberechtigte Person (plus eine ständige Vertretung) in den Begleitausschuss (BgA) „Demokratie leben!“.

**Abstimmungsergebnis:** Der Integrationsbeirat entsendet Herrn Nurdogan Cetinkaya als ständige Vertretung (einstimmig beschlossen) sowie Herrn Rovira als Stellvertretung (einstimmig beschlossen).

## **Top 5: Aktueller Stand Interkulturelle Wochen 2021**

Berichterstattung: Herr Cetinkaya

Der Interkulturelle Wochen finden im September statt. Das Programm sei sehr bunt und abwechslungsreich ausgefallen. Herr Cetinkaya dankt dafür den zahlreichen Kooperationspartnerinnen und -partnern. Der Beirat selbst organisiere die Auftaktveranstaltung am Samstag, den 18. September, die auch mit der AGABY-Aktion „Hier lebe ich. Hier wähle ich.“ verknüpft wird. Dabei solle auf die Tatsache aufmerksam gemacht werden, dass viele Millionen ausländische Menschen über kein Wahlrecht verfügen, obwohl sie teilweise seit vielen Jahrzehnten in Deutschland leben.

Herr Cetinkaya stellt in einem kurzen Überblick die weiteren Veranstaltungen vor. Das komplette Programm werde dann auch online unter [www.regensburg.de/interkulturellewoche](http://www.regensburg.de/interkulturellewoche) abrufbar sein. Ein gedrucktes Programmheft werde es ebenfalls geben.

## **Top 6: Bericht von der AGABY Jahrestagung und Vollversammlung**

Berichterstattung: Frau Torreblanca Cruz, Frau Shahedi

Frau Torreblanca berichtet von den Veranstaltungen, die online stattfanden. Die Jahresfachtagung hatte 70 Teilnehmende.

In der Vollversammlung berichtete die AGABY-Vorsitzende Mitra Sharifi, dass trotz der Corona-Pandemie viele Aktivitäten stattfanden. Es fehle aber weiterhin eine langfristige finanzielle Basis der Arbeit von AGABY jenseits von Projektförderungen. Es wurden verschiedene Resolutionen verabschiedet, die sich u.a. mit dem Abbau von Demokratiedefiziten, politischer Partizipation der eingewanderten Bevölkerung sowie den Folgen der Corona-Pandemie für Migrantinnen und Migranten befassten.

Frau Shahedi ergänzt einige Details zu den Resolutionen und erläutert, dass die drei Resolutionen jeweils viele Einzelforderungen umfassten und an die entsprechenden Landesministerien und Landtagsfraktionen gesendet wurden.

Frau Hanusa fragt nach, ob die Beiratsmitglieder diese Resolutionen auch zugesandt bekommen.

Herr Vernim führt aus, dass das Protokoll der AGABY-Vollversammlung mit den Resolutionen kürzlich bei der Geschäftsstelle einging und auch noch an die Beiräte weitergeleitet werde.

## **Top 7: Anfrage an die Stadt bezüglich der „mangelnden Erreichbarkeit“ der Abteilung Ausländerangelegenheiten**

Berichterstattung: AG Politik, Soziales und Antirassismuserbeit

Frau Okenve trägt den Beschlussvorschlag vor.

Herr Rovira ergänzt als AG-Sprecher, dass in letzter Zeit viele Menschen von den Problemen berichten würden, darunter auch mehrere Mitglieder der AG. Deshalb habe man sich entschieden, diese Thematik in die Sitzung einzubringen.

Frau Jackiewicz fragt nach, was die Gruppe als Ergebnis der Anfrage erwarte und ob es auch Gedanken dazu gab, wie die Situation verbessert werden könnte.

Herr Cetinkaya verdeutlicht, dass es zunächst um einen Bericht der Stadt gehe, was sie aktuell bereits tue oder in nächster Zeit plane, um die Probleme aus der Welt zu schaffen.

Herr Issakha berichtet von Unfreundlichkeiten einiger Mitarbeiter der Ausländerbehörde. Oft werde er behandelt, als ob er kaum Deutsch spreche. Es gebe kaum Gespräche. Er fragt, ob es auch dazu Beschwerden gab. Die lange Schlange vor der Behörde in den Zeiten vor Corona sei auch heftig gewesen. Teilweise war man seit sechs Uhr morgens da gewesen und habe trotzdem stundenlang warten müssen.

Frau Wudtke unterstützt die Anfrage. Sie helfe als Sozialberaterin primär Aussiedlerinnen und Aussiedlern, habe aber auch Fälle, für die die Ausländerbehörde zuständig sei. Sie habe persönlich mehrere Tage versucht, telefonisch und per E-Mail jemanden zu erreichen. Nach mehreren Tagen sei eine unbefriedigende Antwort per Mail gekommen, obwohl sie um Rückruf gebeten habe.

Frau Stupavsky unterstützt die Anfrage ebenfalls. Sie habe selbst ähnliche Erfahrungen gemacht. Sie würde aber über die Formulierung des Beschlusses sprechen wollen. Manches sei etwas zu scharf formuliert, z.B. könne der Satz „Wie kommt es zu solch einschneidenden Lücken...“ weggelassen werden. Ansonsten habe der Antrag aber ihre volle Zustimmung.

Herr Sirreah berichtet, dass er seit Mai 36-mal versucht hätte, die Ausländerbehörde telefonisch zu erreichen. Es gehe um Unterlagen für seine Frau, die sie für ihren B2-Kurs benötige. Auch die Ausstellung der Aufenthaltstitel dauere viel zu lang. Er habe letztes Jahr im Mai seine Niederlassungserlaubnis beantragt und diese erst in diesem April oder Anfang Mai bekommen. Auch ein Bekannter habe viele Schwierigkeiten gehabt. Es gebe auch Leute, die wegen der Ausländerbehörde in den Landkreis umziehen wollen.

Frau Okenve berichtet, dass sie einen Arbeitskollegen aus Ruanda bei einem Termin in der Abteilung begleitet habe. Der Kollege habe über ein Jahr auf seinen Aufenthaltstitel gewartet und nur einen Ersatzzettel bekommen, mit dem er nach dem Auslandsaufenthalt nicht mehr zurückkäme. Das Personal sei unfreundlich gewesen und habe überfordert gewirkt. Sie habe angefragt, ob sie an einem Freitag in der Abteilung hospitieren könne, um sich die Situation vor Ort genauer anzusehen.

Frau Arndt-Grundeil erläutert, dass auch viele Berichte aus der Beratungsarbeit der KJF und der Caritas mit eingeflossen seien. Die AG habe lange an den Formulierungen gefeilt, deshalb wäre sie dagegen, diese noch einmal zu verändern.

Herr Martón schließt sich dem Vorschlag von Frau Stupavsky an, den erwähnten Satz zu streichen.

Herr Sbirkov zeigt Verständnis für die Arbeitsbelastung der Behörde, aber es sei inzwischen eine Grenze erreicht. Es fehle wohl an Personal bzw. an Kompetenzen und Erfahrung des vorhandenen Personals.

Frau von Seiche schlägt vor, den erwähnten Satz als Kompromiss wie folgt umzuformulieren: „Wie können solch einschneidende Lücken in der Bearbeitung von Anfragen in Zukunft vermieden werden?“

Herr Martón bekräftigt, dass ein Fokus auf das zukünftige Handeln wohl zielführender wäre.

Herr Cetinkaya findet den Satz in seiner ursprünglichen Form richtig. Zunächst müssten die Ursachen für die Probleme geklärt werden.

Frau Torreblanca Cruz unterstützt den Antrag in seiner ursprünglichen Form.

Frau Okenve würde den Antrag ebenfalls gerne so belassen wie vorgeschlagen.

Herr Vernim weist auf die Formalien hin, dass zunächst der Beschlussvorschlag so gilt, wie ihn die AG vorgelegt hat. Wenn jemand etwas an den Formulierungen ändern wollte, müsste er einen Änderungsantrag stellen. Dann würde zunächst über den Änderungsantrag entschieden, und bei Ablehnung nochmal über den ursprünglichen Antrag.

Frau Stupavsky weist nochmal darauf hin, dass eine zu scharfe Formulierung unter Umständen kontraproduktiv sein könnte. Aber es sei klar, dass es aktuell große Lücken gebe. Der Satz könne auch durchaus so drinnen bleiben.

Frau Hanusa spricht sich dafür aus, die Lücken im Beschluss deutlich anzusprechen.

Frau Funk plädiert dafür, die formulierten Fragen eher in die Begründung zu verschieben und im eigentlichen Beschluss eher konkret zu formulieren, was der Beirat will.

Herr Cetinkaya stellt den **Änderungsantrag**, das Wort „Lücken“ durch „Problemen“ zu ersetzen.

Herr Martón stellt den **Änderungsantrag**, den Satz „Wie kommt es zu solch einschneidenden Lücken in der Bearbeitung von Anfragen?“ zu ändern in „Wie können solch einschneidende Lücken in der Bearbeitung von Anfragen in Zukunft vermieden werden?“, um die Perspektive in die Zukunft zu richten.

Zunächst wird über den Änderungsantrag von Herrn Martón abgestimmt, da dieser die weitreichendste Änderung darstellt. Dieser wird mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend wird über den Änderungsantrag von Herrn Cetinkaya abgestimmt. Auch dieser wird mehrheitlich abgelehnt.

**Beschlussvorschlag:** Aufgrund von mehreren Beschwerden, die der Integrationsbeirat bzw. Mitglieder des Integrationsbeirates erhalten haben bezüglich der Unerreichbarkeit der Abteilung für Ausländerangelegenheiten, stellen wir die Anfrage an die Stadt, wie eine zeitnahe Bearbeitung von teilweise existenzsichernden Ausländerangelegenheiten sichergestellt werden kann.

Wie kommt es zu solch einschneidenden Lücken in der Bearbeitung von Anfragen?  
Welche Schritte werden unternommen um die telefonische Erreichbarkeit, die rechtzeitige Antwort auf E-Mails sowie eine Terminvergabe effizient zu gestalten?

**Abstimmungsergebnis:** Beschlossen bei einer Gegenstimme.

## **Top 8: Stellungnahme Wahlrecht**

Berichterstattung: AG Politik, Soziales und Antirassismuserbeit

Frau Okenve trägt den Beschlussvorschlag sowie die Begründung vor.

Herr Rovira weist darauf hin, dass das Thema des mangelnden Wahlrechts für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger vor der Bundestagswahl wieder sehr präsent sei. Deshalb habe sich die AG überlegt, dieses Thema auch als Beirat nochmal öffentlich anzusprechen. Herr Cetinkaya ergänzt, dass sich der Integrationsbeirat damit auch klar Position beziehen könnte, wie er zur Frage des Wahlrechts für alle stehe.

Herr Rovira schlägt vor, dass die AG Politik, Soziales und Antirassismuserbeit einen Textvorschlag macht und dann die AG Öffentlichkeitsarbeit die weiteren Schritte übernimmt. Der Textvorschlag solle schon vor Veröffentlichung an alle Mitglieder verschickt werden.

Frau Okenve fragt nach, ob es der AG um das Kommunalwahlrecht gehe oder auch um andere Ebenen.

Herr Cetinkaya antwortet darauf, dass es ihnen darum gehe, dass alle Menschen, die hier leben, nach einer gewissen Zeit auch auf allen Ebenen wählen können sollten. Er verweist auf andere EU-Staaten, in denen Ausländer auch an landesweiten Wahlen teilnehmen dürften. Auf dieses Problem solle aufmerksam gemacht werden.

**Beschlussvorschlag:** Der Integrationsbeirat beschließt, dass eine Stellungnahme zur Wahl/Wahlrecht verfasst werden wird.

**Abstimmungsergebnis:** Beschlossen bei einer Gegenstimme.

## **Top 9: Anfrage zur interkulturellen bzw. diskriminierungskritischen Öffnung der Verwaltung**

Berichterstattung: AG Politik, Soziales und Antirassismuserbeit

Frau Okenve trägt den Beschlussvorschlag sowie die Begründung vor.

Herr Rovira hofft, dass das Thema den Beirat auch in Zukunft weiter beschäftigen wird. Zunächst wolle man aber einen Bericht der Verwaltung einholen, um zu erfahren, was in diesem Bereich aktuell bereits getan werde. Dazu solle eine zuständige Person in den Beirat kommen.

**Beschlussvorschlag:** Der Integrationsbeirat bittet die Stadt, folgende Fragen zu beantworten:

Was tut die Stadt, um die interkulturellen bzw. diskriminierungssensiblen Kompetenzen ihrer Mitarbeiter\_innen zu fördern?

Findet eine Auseinandersetzung mit Rassismus statt?

Welche Fortbildungen werden angeboten, können besucht werden und wie werden diese angenommen? Handelt es sich um Pflichtveranstaltungen?

Gewünscht wäre hierzu die Präsenz einer zuständigen Person aus der Verwaltung bei einer Sitzung des Integrationsbeirats, damit diese Fragen direkt beantwortet werden könnten.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig beschlossen.

## **Top 10: Bericht der geschäftsführenden Stelle**

Berichterstattung: Herr Vernim

Herr Vernim berichtet, dass es voraussichtlich in der kommenden Woche einen Beschluss des zuständigen Stadtratsausschusses geben werde, angesichts der angespannten Haushaltslage auf bestimmten Haushaltsstellen ein Viertel der Ansätze zu sperren. Damit sollen zusätzliche Rücklagen gebildet werden, um zukünftige Haushaltslücken zu vermeiden. Davon werde auch der Integrationsbeirat betroffen sein. Konkret werde das die Bereiche „Veranstaltungen“, „Hausdruckerei“, „Dienstreisen“ und „sonstige Geschäftsausgaben“ betreffen. Das Gesamtbudget des Beirats werde dadurch voraussichtlich um ca. 2.275 Euro gekürzt.

Herr Sauerer erwähnt, dass Frau von Seiche per E-Mail formlos den Beirat um einen Beschluss gebeten hatte, einen Teil der Kosten für eine geplante Veranstaltung im Rahmen der Interkulturellen Wochen zu übernehmen. Er fragt nach, ob dazu nicht noch heute ein Beschluss gefasst werden könnte, da bei der nächsten geplanten Sitzung die Interkulturellen Wochen bereits begonnen haben werden.

Herr Vernim erläutert dazu, dass die Anfrage den Beirat erst nach Versand der Einladung zur heutigen Sitzung erreicht habe. Ein regulärer Beschluss konnte deshalb nicht mehr auf die Tagesordnung gesetzt werden. Es gebe durchaus Möglichkeiten, auch noch kurzfristige Anträge einzubringen. Hier sei dann allerdings die Dringlichkeit zu prüfen, also ob die Entscheidung tatsächlich unaufschiebbar sei. Sollte Unaufschiebbarkeit gegeben sein, müsse dann das Gremium auch noch zustimmen, den Beschluss kurzfristig in die Tagesordnung aufzunehmen. Da die genannte Veranstaltung erst im Oktober stattfindet, könne der formale Beschluss auch noch in der nächsten Sitzung am 24. September stattfinden. Es sei aber natürlich möglich, schon heute ein Stimmungsbild zur Frage einzuholen, ob der Beirat grundsätzlich die Veranstaltung unterstützen möchte.

Herr Cetinkaya sieht dennoch eine gewisse Dringlichkeit gegeben, da die Veranstalter auch eine Planungssicherheit benötigten. Deshalb hätte er schon heute gerne darüber abgestimmt, dass der Beirat als Mitveranstalter auftritt und sich mit einem Betrag von bis zu 150 Euro beteiligt.

Frau Okenve plädiert dafür, darüber auf dem regulären Weg in der nächsten Sitzung abzustimmen.

Herr Vernim ergänzt zu seinen vorherigen Ausführungen, dass ein dringlicher Beschluss außerdem schriftlich bei der Vorsitzenden vorliegen müsste. Auch das sei aktuell nicht der Fall. Herr Sauerer wird sich darum kümmern, dass ein entsprechender Beschluss zur nächsten Sitzung form- und fristgerecht bei der Vorsitzenden eintrifft.

Frau Jackiewicz stellt die Frage, wie sie mit einer Einladung des Aktionsbündnisses „Haus für Engagement“ umgehen sollte. Ob sie dort als Mitglied des Integrationsbeirates an einem Treffen teilnehmen könne. Herr Vernim erläutert, dass die Mitglieder des Beirates natürlich frei seien, Einladungen wahrzunehmen und an Terminen teilzunehmen. Wenn es aber darum gehe, den gesamten Integrationsbeirat und damit auch die Meinung des Beirats in einem Gremium oder ähnlichem zu vertreten, dann sollte dazu auch ein Beschluss im Plenum gefasst werden.

Frau Stupavsky hakt zu den vorherigen Ausführungen von Herrn Vernim bzgl. der Sperrung von Haushaltsmitteln nach. Sie möchte wissen, ob diese Sperrung dann bis zum Jahr 2023 gelte. Herr Vernim stellt klar, dass die aktuelle Beschlussvorlage sich lediglich auf den aktuellen Haushalt beziehe.

Frau Stupavsky berichtet außerdem kurz vom letzten Treffen der AG Bildung und Kultur. Es wurde beschlossen, auch in dieser AG die Sprecherposition rotieren zu lassen. Für dieses Jahr sei zunächst sie selbst die Sprecherin der AG. Das nächste Treffen werde am 8. September stattfinden.

Frau Okenve dankt allen für Ihr Engagement und beschließt die Sitzung.

Regensburg,

gez.

Dennise Okenve

1. Vorsitzende

Protokoll: Matthias Vernim, Amt für Integration und Migration (geschäftsführende Stelle)